

LEITARTIKEL Wie geht es in Deutschland weiter mit der Rente?

Wenn Sozialreformen zum Pulverfass werden

In Frankreich schlagen am Donnerstag erneut die Wellen hoch: Generalstreik im Land, aus Protest gegen die Rentenreform von Präsident Emmanuel Macron gehen die Menschen auf die Straße. In Paris steigt man seit Wochen über meterhohe Müllberge, die Müllabfuhr hat das Arbeiten eingestellt, die Pariser Gastronomen bezahlen die Müllabfuhr jetzt aus privater Tasche. Dass der Präsident die Reform im Parlament durchgeboxt hat, ohne eine parlamentarische Mehrheit zu organisieren, kommt ebenfalls nicht gut an. Viele nehmen Macron mittlerweile als autoritär und abgehoben wahr. Ein Land in Aufruhr.

In Deutschland schüttelt man den Kopf über die Franzosen, die sich über ein Renteneintrittsalter von 64 Jahren so echauffieren. Doch gerade die deutsche Politik sollte sich sehr genau anschauen, was die Franzosen gerade umtreibt und wie die Politik damit umgeht. Macron setzt die Reform, von deren Notwendigkeit er überzeugt ist, rigoros um. Er tut das auch deshalb, weil er 2027 nicht mehr antreten kann. Er muss zwar noch vier Jahre überstehen, aber um eine Wiederwahl geht es ihm nicht mehr. Kann man nur dann unbequeme Wahrheiten unters Volk bringen?

Hierzulande verkündete Bundesarbeitsminister Hubertus Heil gerade die Erhöhung der Renten. Der SPD-Politiker konnte auch die Angleichung der Renten in Ost und West für dieses Jahr verkünden.

Was dabei gerne verschwiegen wird: Die Bundeszuschüsse zur gesetzlichen Rentenversicherung steigen immer weiter, dieses Jahr auf eine Summe von rund 112 Milliarden Euro. Dass der Steuerzahler auch in die Pflicht genommen wird, ist politisch gewollt. Die Rente mit 63, die Witwenrente und die so genannte Mütterrente etwa werden so finanziert. Man kann

leicht ausrechnen, dass aufgrund des demografischen Wandels die Kosten immer weiter steigen werden. Und so wird auch in Deutschland die Frage aufkommen: Wer soll das bezahlen?

Entweder müssen frühere Renten abgeschafft, dazu auch noch höhere Beiträge gezahlt werden. Oder man muss sich darauf vorbereiten, dass in spätestens 25 Jahren jeder zweite Steuer-Euro ins Rentensystem gehen müsste. Oder man erhöht das Renteneintrittsalter. Doch die „Rente mit 70“ ist in Deutschland ähnlich populär wie die Rente mit 64 in Frankreich: gar nicht.

Aber auch Deutschland wird nicht umhinkommen, sich mit einer grundlegenden Umgestaltung der Sozialsysteme zu befassen. Derzeit werden Lücken in den Kassen noch durch Beitragserhöhungen etwa in der Kranken- und Pflegeversicherung gefüllt, oder es wird eben in den Steuertopf gegriffen. Eine wirkliche Reform – davor schrecken alle amtierenden Politiker, die noch etwas vor sich haben, zurück. Beim damaligen SPD-Kanzler Gerhard Schröder wurde die Not zum Reform-Motor, unter anderem die hohe Arbeitslosigkeit trieb den SPD-Kanzler dazu, Sozialreformen nicht nur anzustreben, sondern sie umzusetzen. Diese Ära ist jedoch vorbei. Zur Zeit zerlegt sich eine rot-grün-gelbe Regierung in Diskussionen über Heizungen, Kindergrundsicherung, Investitionen in Autobahnen. Ein Blick ins Nachbarland zeigt: Die großen Probleme kommen erst noch.



KERSTIN MÜNSTERMANN

GLOSSE

Wechseljahre des Mannes

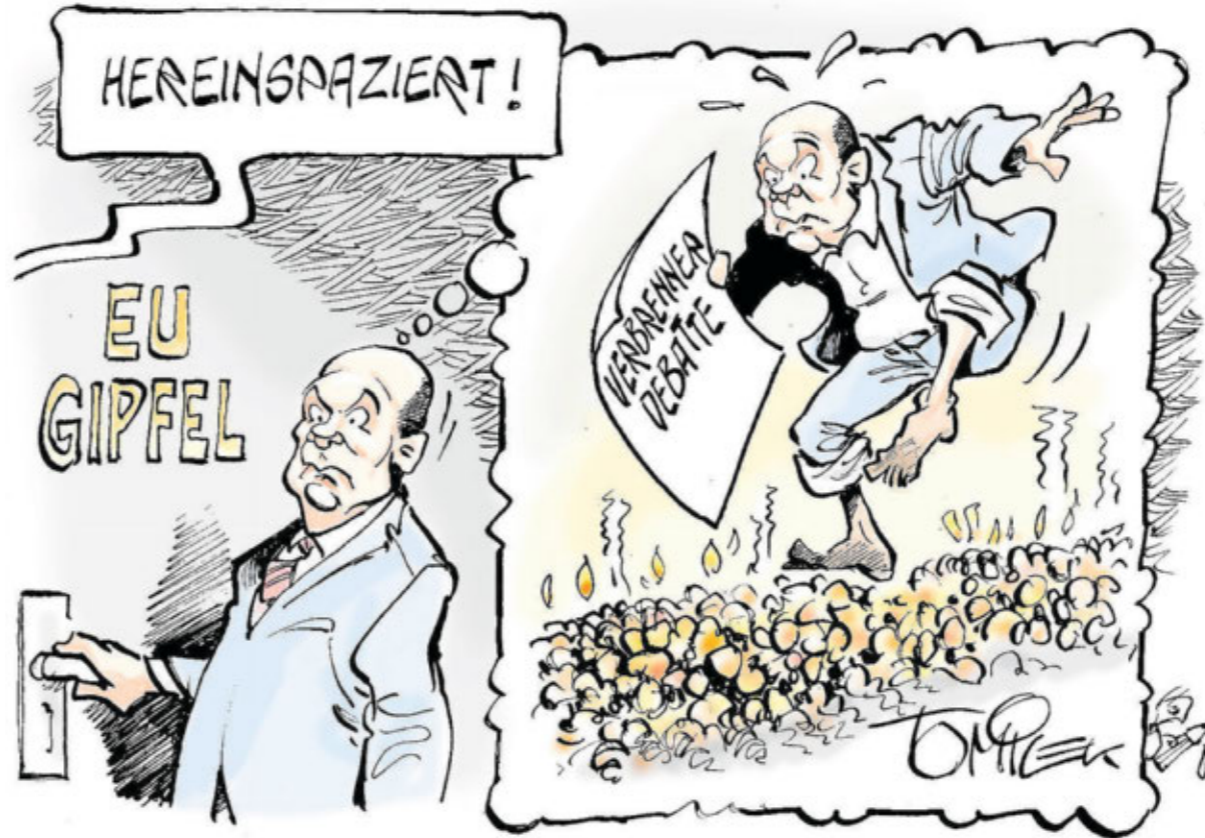
VON PIA ROLFS

Manchen Männern wird vorgeworfen, ihre Frauen so oft zu wechseln wie ihre Hemden. Aber möglicherweise ist dieser Vergleich unfair. Denn gerade seiner Wäsche ist der Mann sehr treu.

Jeder Vierte wechselt laut einer GfK-Umfrage nicht täglich seine Unterwäsche, bei Frauen sind es lediglich zehn Prozent. Auch Zahnbürsten sind oft längere Lebensabschnittsgefährten und werden nicht so häufig ausgetauscht wie empfohlen. Mancher denkt sich vielleicht: Warum die

Zahnbürste wechseln? Kennst du eine, kennst du alle.

Diese Anhänglichkeit des Mannes bezüglich hygienerelevanter Alltagsgegenstände wird selten honoriert. Dabei sollten Frauen schätzen, dass Männer auf diese Weise Duftmarken setzen und damit klar signalisieren: Ich bin Team Körperhygiene – oder doch eher nicht. Und immerhin zwischen 30 und 50, also in der Hoch-Phase der Partnerwahl, gibt es mehr Männer, die ihre Unterwäsche wechseln. Vielleicht sind das die bisher weitgehend unerforschten Wechseljahre des Mannes.



Heiße Kohlen

KARIKATUR: JURGEN TOMICEK

ANALYSE Bis heute stecken zahlreiche frühere Mitarbeiter ausländischer Streitkräfte und Hilfsorganisationen am Hindukusch fest.

Afghanische Ex-Ortskräfte gefangen im eigenen Land

VON NABILA LALEE

KABUL (dpa) Es war ein einzelnes Foto, das den Mann mit den sorgenvollen Augen in mächtige Schwierigkeiten bringen sollte. Es war der März 2022, die Taliban waren da in Afghanistan schon seit mehr als einem halben Jahr an der Macht. „In diesem März wurden Hausdurchsuchungen gemacht“, erinnert sich der ehemalige Übersetzer, der seinen Namen aus Sorge um seine Sicherheit nicht öffentlich machen will. „Deswegen habe ich meine Dokumente versteckt.“ Dennoch fanden die Taliban ein Foto, das ihn als ehemaligen Mitarbeiter ausländischer Streitkräfte, als sogenannte Ortskraft, verrät. Drei Jahre lang hatte er im Norden Afghanistans mit den Deutschen zusammengearbeitet. Bis 2006 war er dort als Übersetzer tätig, Deutsch spricht er bis heute noch. Damals war er überzeugt davon, dass sich die Dinge in seinem Land bessern würden. Heute muss der Familienvater in ständiger Angst leben, festgenommen zu werden, immer wieder seinen Wohnort wechseln. Seine Kinder sieht er kaum noch. Zweimal hätten ihn die Taliban seit der Hausdurchsuchung bereits ins Gefängnis gesteckt, ihn mit Waffen und Metallstangen geschlagen, sagt er.

Ein Bericht der Menschenrechtsorganisation Rawadari vom Januar zeigt ähnliches: Seit ihrer Machtübernahme im August 2021 nahmen die Taliban demnach zahlreiche Men-

schen willkürlich fest, unter ihnen Journalisten, Menschenrechtsaktivisten oder Mitarbeiter der ehemaligen Regierung. Rawadari berichtet außerdem, dass die Inhaftierten geschlagen und misshandelt worden seien. Eine Situation, die man zumindest für viele ehemalige Ortskräfte hätte vermeiden können, sagt Qais Nekzai vom Patenschaftsnetzwerk Afghanische Ortskräfte. Denn

Für Ortskräfte, die vor 2013 bei der Bundesregierung tätig waren, gilt das derzeitige Aufnahmeverfahren nicht.

die prekäre Lage Afghanistans habe sich schon Monate vor der Machtübernahme der Taliban im August 2021 abgezeichnet.

Auch der Afghanistan-Experte Thomas Ruttig sagt, dass der schnelle Fall Kabuls absehbar war. Denn das gängige Narrativ, die afghanische Armee habe den schnellen Siegesszug der Taliban durch mangelnden Kampfeswillen ermöglicht, sei falsch. „Oft wurde über lange Zeit verbissen Widerstand geleistet“, sagt Ruttig. Vielmehr habe der Vormarsch der militanten Islamisten schon Jahre vorher begonnen. Ab 2018 sei die Situation für den Westen und seine Verbündeten sogar so schlecht geworden, dass die USA nicht mehr

offen darüber berichtet hätten, wie viele Gebiete bereits in den Händen der Taliban gewesen seien.

Das Auswärtige Amt betont hingegen, dass das Aufnahmeprogramm für Ortskräfte schon seit 2013 bestehe, die Nachfrage bis zu der Machtübernahme der Taliban hingegen deutlich geringer gewesen sei als heute. 4100 Ex-Ortskräfte sind nach Angaben des Auswärtigen Amtes bisher nach Deutschland gekommen, 2600 seit Antritt der Ampel-Regierung in Deutschland.

Für Ortskräfte, die vor 2013 bei der Bundesregierung tätig waren, gilt das derzeitige Aufnahmeverfahren jedoch nicht. Das trifft auch auf den ehemaligen Übersetzer zu, der nun feststeckt, weil ihm und seiner Familie die Flucht in den chaotischen Tagen nach dem Fall von Kabul nicht gelungen war. An seine deutschen Kollegen, die er als „ehrlisch und verlässlich“ beschreibt, denkt der Mann mit der ruhigen Stimme gerne zurück. Von der Bundesregierung fühlt er sich jedoch im Stich gelassen.

Für die Taliban aber mache es keinen Unterschied, wann jemand genau für die in Afghanistan stationierten Deutschen beschäftigt war, sagt auch Qais Nekzai vom Patenschaftsnetzwerk. Alle würden gleichermaßen als Kollaborateure gelten. „Die Menschen, die jahrelang ihr Leben für die Bundesregierung riskiert haben, haben es nicht verdient, zurückgelassen zu werden“, sagt Nekzai.

MEINUNG

Schlimmer geht immer, Herr Bischof!

Karin Weißenfels ist schwer traumatisiert. Die bei der katholischen Kirche beschäftigte Frau wurde über Jahre hinweg von einem Priester sexuell genötigt und später zur Abtreibung gedrängt. Dies ist unstrittig und wird auch vom Bistum nicht bezweifelt. Auch nicht, dass der Bischof vor einem Jahr in einer Diskussionsrunde den Klarnamen der Frau genannt hat. Er hat sich dafür öffentlich entschuldigt und auch eine Unterlassungserklärung abgegeben. Als Karin Weißenfels von der Namensnennung erfuhr, kamen in ihr die traumatischen Erlebnisse wieder hoch. Dafür hat sie den Bischof jetzt auf Schmerzensgeld verklagt. Das ist legitim, wie auch die Vorsitzende Richterin eingeräumt hat.

Dass der Verteidiger des Bischofs nun seinerseits zur Attacke ausholt und Weißenfels zumindest indirekt vorwirft, sie wolle ihr Leid nun versilbern und ziehe deshalb vor Gericht, ist schäbig und wird das Opfer weiter traumatisieren. Letztlich fallen diese Aussagen auf den Trierer Bischof Stephan Ackermann zurück, auch wenn der am Donnerstag im Gericht nicht persönlich anwesend war. Er hätte das verlangte Schmerzensgeld besser gezahlt, auch wenn er der Überzeugung ist, für einen zweifelsfrei gemachten Fehler schon genug gebüßt und sich ausreichend entschuldigt zu haben. Durch das jetzige Verhalten von Ackermanns Anwalts werden sich all jene bestätigt fühlen, die die Kirchenverantwortlichen für unsensibel, uneinsichtig und unbelehrbar halten. Schlimmer geht immer, Herr Bischof!

r.seydewitz@volksfreund.de



ROLF SEYDEWITZ

Fastenmonat Ramadan hat begonnen

RIAD (dpa) Für Muslime weltweit hat mit dem ersten Tag des Ramadans ihre wochenlange Fastenzeit begonnen. Unter anderem in Ägypten, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten wurde der Donnerstag als erster Tag des Fastenmonats ausgerufen. Der Termin richtet sich nach dem Erscheinen der Neumondsichel und kann deswegen von Land zu Land leicht variieren.

Produktion dieser Seite:
Iris Neu-Michalik, Michaela Heinze
Oliver Spettel

Trierischer Volksfreund

Gegründet 1875 von Nikolaus Koch

Verlag:
Trierischer Volksfreund Medienhaus GmbH
54294 Trier, Hamns-Martin-Schleyer-Str. 8,
PF 3770, 54227 Trier
Leser-Service 06 51/71 99-0
Leser-Fax 06 51/71 99-9 90
Abo-Service 06 51/71 99-998
Abo-Fax 06 51/71 99-9 78
Anzeigen-Service 06 51/71 99-999
Anzeigen-Fax 06 51/71 99-5 90
Internetadresse: www.volksfreund.de
E-Mail Redaktion: redaktion@volksfreund.de
E-Mail Verlag: kontakt@volksfreund.de

Geschäftsführer:
THOMAS DEICKE, THOMAS MARX

Verlagsleiter:
RÜDIGER KRUPPA

Chefredakteur: THOMAS ROTH
Stellv. Chefredakteur: Peter Reinhart

Mitglieder der Chefredaktion: Alexander Houben
(Chef vom Dienst), Inge Kreutz (Editorial
Development)

Newsmanagement: Marek Fritzen, Alexander
Houben, Inge Kreutz, Peter Reinhart, Thomas
Roth
Reporterchef: Lars Ross, Rebecca Schaal (Stellv.)
Digitaldesk: Johanna Heckeley
Printdesk: Ralf Jakobs (Strategische Leitung),
Marcus Hormes (Operative Leitung)

Verantwortliche Redakteure:
Birgit Markwitan (Magazine)
Ralf Jakobs (Redaktionsmanagement)

Chefreporter: Katharina de Mos, Rainer Neubert,
Rolf Seydewitz, Bernd Wientjes

Berliner Büro: Kerstin Münstermann

Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Rüdiger Kruppa

Zeitungszustellung: TV-Logistik GmbH
Bezugspreise: Die Zeitung erscheint täglich außer
an Sonntagen und mit einer Doppelausgabe an
den Feiertagen und kostet monatlich 45,60 Euro
einschließlich Zustellerlohn, Postvertriebsstück:
Inland monatlich 50,65 Euro, Ausland monatlich
72,55 Euro. Alle Preise verstehen sich einschließ-
lich 7 % Mehrwertsteuer.
Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.
Bei Nichterscheinen in Folge höherer Gewalt,
bei Streik oder Aussperrung, Störung usw. kein
Anspruch auf Entschädigung.

Eine Abbestellung des Abonnements ist, vor-
behaltlich einer vereinbarten Mindestlaufzeit, bis
zum 10. des Monats zum Monatsende möglich.
Die Kündigung kann nur in Textform (Fax, E-Mail,
Brief) erfolgen.

Gültig ist die Anzeigenpreisliste Nr. 67A vom
1. Januar 2023. Für unverlangt eingesandte Ma-
nuscripte wird keine Gewähr übernommen.

Druckerei:
Saarbrücker Zeitung Medienhaus GmbH, 66117
Saarbrücken, Untertürkheimer Str. 15

RÜCKBLLENDE

Was geschah am 24. März?

2022 Mit Entlastungen für Bürgerinnen und Bürger reagiert die Ampel-Koalition auf die stark gestiegenen Energie- und Spritpreise. Geplant sind eine Energiepreispause, eine Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe für drei Monate sowie Hilfen für Familien und Geringverdiener.

2021 Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) entschuldigt sich öffentlich für die zuvor beschlossene „Osterruhe“ und nimmt diese Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie zurück. Sie werde die dafür nötigen Verordnungen stoppen.

2018 Mit einem „Marsch für unser Leben“ protestieren in den USA Hunderttausende gegen Waffengewalt und die Waffenlobby. Unter den meist jugendlichen Demonstranten sind Überlebende eines Schulmassakers in Florida am 14. Februar mit 17 Toten.



Rock'n'Roll Sänger Elvis Presley tritt seinen Militärdienst an, der ihn auch ins hessische Friedberg führt. FOTO: DPA

2008 Im Himalaya-Königreich Bhutan wird erstmals frei und geheim eine Nationalversammlung gewählt. Klarer Sieger ist die königstreue Harmonie-Partei Bhutans (DPT) mit 44 von 47 gewonnenen Mandaten.

2003 Der Rundfunkrat wählt die Leiterin des NDR-Landesfunkhauses

in Hamburg, Dagmar Reim, zur ersten Intendantin des neuen Senders Rundfunk Berlin-Brandenburg.

1980 Der Erzbischof von San Salvador, Óscar Romero, wird während einer Messe von Angehörigen rechtsgerichteter Todesschwadronen erschossen.

1973 Als erste Mannschaft im bundesdeutschen Profifußball läuft Eintracht Braunschweig im Bundesliga-Spiel gegen Schalke 04 mit Werbung auf ihren Trikots auf.

1958 Der amerikanische Rocksänger Elvis Presley tritt seinen Wehrdienst in der US-Armee an. Am 1. Oktober beginnt sein Aufenthalt als Soldat in Deutschland.

1603 Der schottische König Jakob VI., Sohn der 1587 hingerichteten Maria Stuart, übernimmt nach dem Tod von Königin Elisabeth I. als Jakob I. die englische Krone und regiert fort-

an England und Schottland in Personalunion.

GEBURTSTAGE

1958 Roland Koch (65), deutscher Politiker (CDU) und Manager, hessischer Ministerpräsident 1999-2010

1953 Mathias Richling (70), deutscher Kabarettist, Autor und Schauspieler (Sendungen „Scheibensischer“, „Zwerch trifft Fell“)

1943 Marika Kilius (80), deutsche Eiskunstläuferin, Weltmeisterin im Paarlauf zusammen mit Hans-Jürgen Bäumler 1963 und 1964, Silbermedaillen bei den Olympischen Winterspielen 1960 und 1964

TODESTAGE

1603 Elizabeth I., englische Königin 1558-1603, Tochter Heinrichs VIII. aus dessen zweiter Ehe mit Anna Boleyn, geb. 1533